

Bezugspreis:

Bezugspreis: Vierteljahr 4.75 M., monat 2.25 M., freies Haus vorausbezahlt. Einzelne Nummern 10 Pfennig. Goldbezug monatlich 2.25 M., erst Zustellung gebührt. Unser Anzeiger für Deutschland u. Österreich-Ungarn 4.50 M., für das Abonnement 9.00 M., bei täglich einmaliger Auslieferung 7.50 M. Goldbelegungen nehmen in Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz eingetragene in der Post-Zensur-Vereinigung.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentlich zweimal Sonntag, einmal.

Telegraphische Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190-15197.

Mittwoch, den 29. Januar 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 117 53-51.

Der provisorische Verfassungsentwurf.

Der Entwurf des Gesetzes über die vorläufige Reichsgewalt soll am Donnerstag den bundesstaatlichen Vertretern wegen der vorgenommenen Änderung noch einmal vorgelegt werden. Der Entwurf lautet:

§ 1.

Die verfassunggebende deutsche Nationalversammlung hat die Aufgabe, die künftige Reichsverfassung sowie auch sonstige dringende Reichsgeschäfte zu beschließen.

§ 2.

Die Einbringung von Vorlagen der Reichsregierung an die Nationalversammlung bedarf unbeschadet des Absatzes 4 der Zustimmung eines Staatsausschusses. In dem Staatsausschuss hat jeder deutsche Freistaat mindestens eine Stimme. Bei den größeren Freistaaten entfällt grundsätzlich auf eine Million Landesbewohner eine Stimme, wobei ein Ueberschuss, der mindestens der Einwohnerzahl des kleinsten Freistaates gleichkommt, einer vollen Million gleich berechnet wird. Kein Freistaat darf durch mehr als ein Drittel aller Stimmen vertreten sein, demgemäß sind in dem Staatsausschuss vertreten Preußen mit 19, Bayern mit 7, Sachsen mit 5, Württemberg und Baden mit je 3, Hessen mit 2 Stimmen und die übrigen Bundesstaaten mit je einer Stimme. Den Vorsitz im Staatsausschuss führt ein Mitglied der Reichsregierung.

Wenn Deutschösterreich sich dem Deutschen Reich anschließt, erhält es das Recht der Teilnahme am Staatsausschuss mit einer durch Reichsgesetz festzustellenden Stimmzahl. Bis dahin nimmt es mit beratender Stimme teil. Kommt eine Uebereinstimmung zwischen der Reichsregierung und dem Staatsausschuss nicht zustande, so darf jeder Teil seinen Entwurf der Nationalversammlung zur Beschließung vorlegen.

§ 3.

Die Mitglieder der Reichsregierung und des Staatsausschusses haben das Recht, an den Verhandlungen der Nationalversammlung teilzunehmen und dort jederzeit das Wort zu ergreifen, damit sie die Ansichten ihrer Regierung vertreten.

§ 4.

Die künftige Reichsverfassung wird von der Nationalversammlung verabschiedet. Es kann jedoch der Gebietsbestand der Freistaaten nur mit ihrer Zustimmung geändert werden.

Im übrigen kommen Reichsgesetze durch Uebereinstimmung zwischen der Nationalversammlung und dem Staatsausschuss zustande. Ist eine solche Uebereinstimmung nicht zu erzielen, so hat der Reichspräsident die Entscheidung durch eine Volksabstimmung herbeizuführen.

§ 5.

Auf die Nationalversammlung finden die Artikel 21-23, 26-32 der bisherigen Reichsverfassung entsprechende Anwendung.

§ 6.

Die Geschäfte des Reiches werden von einem Reichspräsidenten geführt. Der Reichspräsident hat das Reich völkerrechtlich zu vertreten, im Namen des Reiches Verträge mit auswärtigen Mächten zu schließen, sowie Gesandtschaften zu beauftragen und zu empfangen.

Kriegserklärungen und Friedensschlüsse erfolgen durch Reichsgesetz.

Verträge mit fremden Staaten, die sich auf Gegenstände der Reichsregierung beziehen, bedürfen der Zustimmung der Nationalversammlung und des Staatsausschusses.

Sobald das deutsche Reich einem Völkerbunde mit dem Ziel des Ausschlusses aller Geheimverträge beigetreten sein wird, bedürfen alle Verträge mit dem im Völkerbunde vereinigten Staaten der Zustimmung der Nationalversammlung und des Staatsausschusses.

Der Reichspräsident ist verpflichtet, die gemäß § 1-4 und 6 beschlossenen Reichsgesetze im Reichsgesetzblatt zu verkünden.

§ 7.

Der Reichspräsident wird von der Nationalversammlung mit einfacher Stimmenmehrheit gewählt. Sein Amt dauert bis zum Amtsantritt des neuen Reichspräsidenten, der auf Grund der neuen Reichsverfassung gewählt wird.

§ 8.

Der Reichspräsident beruft für die Führung der Reichsregierung ein Reichsministerium, dem sämtliche Reichsbehörden und die Oberste Exekutive unterstellt sind.

Die Reichsminister bedürfen zu ihrer Amtsführung das Vertrauen der Nationalversammlung.

§ 9.

Alle zivilen und militärischen Anordnungen und Verfügungen des Reichspräsidenten bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Gegenzeichnung durch einen Reichsminister. Die Reichsminister sind für die Führung ihrer Geschäfte der Nationalversammlung verantwortlich.

Das Ergebnis der Preußenwahl.

Die Sozialdemokratie weit an der Spitze.

Nach vorläufigen amtlichen und zuverlässigen privaten Mitteilungen läßt sich das Wahlergebnis der preussischen Wahlen in 22 von 28 Wahlbezirken übersehen. Es fehlt nur noch der Wahlkreis 8 (Posen) mit 21 Mandaten. In den übrigen Wahlkreisen verteilen sich die Mandate wie folgt:

Sozialdemokratie	142
Unabhängige	24
Deutschdemokraten	61
Zentrum (Christliche Volkspartei)	87
Deutschnationale	41
Deutsche Volkspartei	18
Welfen	6
Schlesw.-Holst. Bauerndemokraten	1

Dieses Wahlergebnis zeigt, daß das Stärkeverhältnis der Parteien in der preussischen Nationalversammlung fast genau das gleiche sein wird wie in der Nationalversammlung des Deutschen Reichs. Die Sozialdemokratie kann mit dem Resultat wohl zufrieden sein. Wiederum ist sie als weitaus stärkste Partei aus der Urne hervorgegangen, die Zahlen aller anderen Parteien nehmen sich zwerghaft neben den Ihren aus.

Eine sozialdemokratische Mehrheit wird es freilich auch in Preußen nicht geben, auch unter Zuhilfenahme der Unabhängigen nicht. Die „Freiheit“ tut außerordentlich stolz darauf, daß die Unabhängigen der Mehrheitspartei ein paar Mandate abgenommen hätten, was übrigens noch keineswegs feststeht. Aber selbst wenn hier oder dort ein auf der Spitze stehendes Mandat zu den Unabhängigen hinübergeglitten sein sollte, so hat doch ihr Gesamtstärkeverhältnis gegenüber der Mehrheitspartei sich nicht merklich geändert, neben der alten Partei erscheinen sie immer noch als der um ein vielfach kleineres abgepalte Splitter. Der „Erfolg“ der Unabhängigen besteht bei der Preußenwahl wie bei der Wahl zur Nationalversammlung gleichermaßen darin, daß sie durch ihre Parteispaltung und den strapellos geführten Bruderkrieg das Zustandekommen einer rein sozialistischen Mehrheit verhindert haben.

Auch in der Preußenversammlung werden dank der Zersplitterungsarbeit der Linkradikalen die bürgerlichen Demokraten das Jünglein an der Waage bilden. Das Zentrum hat sich in seinen eigentlichen Stammesgebieten, namentlich in den besetzten Gebieten, wo die Sozialdemokratie nicht agitieren konnte, leidlich gehalten. Dennoch hat es auch in Preußen dank der Stärke der Linken und der Ohnmacht der Rechten seine frühere ausschlaggebende Stellung verloren, nur ein Verjagen der bürgerlichen Demokraten könnte ihm wieder eine entscheidende Rolle in die Hand spielen.

Vollkommen aufs Haupt geschlagen sind auch diesmal die Konservativen und Schwerverliberalen. Als ein ohnmächtiges Häuflein werden sie in dem Preußen zur unfruchtbaren Opposition verurteilt sein, in dem sie früher allmächtig waren.

Der Zusammentritt der internationalen Sozialistenkonferenz in Bern.

Bern, 28. Januar. Die Internationale Sozialistenkonferenz beginnt am 8. und dauert bis zum 10. Februar. Die Verschiebung des Termins des Zusammentritts war notwendig, weil noch eine ziemlich große Anzahl von Delegierten unterwegs ist. Die Schwierigkeiten sind jetzt, wenigstens soweit die Schweiz in Frage kommt, vollständig behoben. Friedrich Adler, dem der Bundesrat ursprünglich die Hinfahrtserlaubnis verweigerte, trifft am Mittwoch in Bern ein. Die französischen Sozialisten sind noch nicht angekommen, wohl aber der Vertreter der Confédération Générale du Travail Joubert. Henderson, der bereits in Bern war, mußte bekanntlich noch einmal nach Paris fahren.

Die voraussichtliche Tagesordnung der Internationalen Sozialistenkonferenz lautet: 1. Völkerbund, 2. Abrüstung, 3. Gewerkschaftliches Friedensprogramm. Die für Ende Februar geplante Internationale Gewerkschaftskonferenz käme für die Pariser Friedenskonferenz zu spät. Joubert hat deshalb an aller Gewerkschaften der Welt einen Aufruf gerichtet, jetzt sofort Vertreter nach Bern zu entsenden.

In den nächsten Tagen finden Vorbesprechungen aller anwesenden Delegierten statt. Die Vertreter der deutschen Sozialdemokratie, Kollmann, Hermann Müller und Wels, arbeiten ein Memorandum aus, in dem sie die Rückkehr der deutschen Kriegsgefangenen fordern; sie haben seine Uebersetzung dem Konferenzbüro bereits angefügt.

Franz Mehring.

Franz Mehring, der Geschichtsschreiber der deutschen Sozialdemokratie, ist in der Nacht zum heutigen Mittwoch in Berlin gestorben.

Der Tod Franz Mehrings ist ein Verlust nicht bloß für die kleine Gruppe, der sich der alte literarische Kämpfer im letzten Anmut seines Lebens angeschlossen hatte, und nicht nur für die ganze Arbeiterbewegung, der er einen großen Teil seines Lebens in seiner Art ehrlich gewidmet hat, sondern für ganz Deutschland. Denn mit Mehring starb der letzte Klassiker deutscher Politik. Ueber Mehring als Menschen, als Politiker, als Gelehrten sind die härtesten Urteile gefällt worden, aber daß er das schwer zu führende Instrument unserer deutschen Sprache handhabte wie kaum ein anderer zu seiner Zeit, ist nicht bestritten worden. In dieser Beziehung war er unser aller Meister, und jeder darf stolz sein, der von ihm etwas gelernt hat.

Je ärmer wir an äußeren nationalen Gütern geworden sind, desto besser lernen wir den Wert der inneren kennen. In ihnen gehört aber auch vor allem die Pflege unserer Sprache. Die literarische Schnell- und Massenproduktion ist ihr gefährlicher Feind, glücklich, wer aus ihrem trüben Strom von Zeit zu Zeit zu reineren Quellen emporsteigen kann! Möge eine Sammlung der besten Aufsätze Mehrings bald allgemeines Volksgut werden, die allerbesten aber gehören in die Lehrbücher unserer Schulen.

Wird man so der edelsten Eigentümlichkeit Mehrings gerecht, so wird es um so leichter, einen unbefangenen Standpunkt zu allem übrigen seiner Persönlichkeit zu gewinnen. Mehring war, solange er Freundschaft hielt, ein guter Kamerad und diente einer Sache, solange er von ihr überzeugt war, mit rücksichtslosem Eifer. Was ihm fehlte, war die Stetigkeit der inneren Beziehungen, die geradlinige Entwicklung seiner Persönlichkeit, der letzte tiefste sittliche Ernst, der einen Menschen mit einer Sache verbindet. Vielleicht steckte in ihm, der allen ästhetischen Snobismus verdammt, letzten Endes doch mehr Künstlerimpetement, als für einen Politiker gut ist. In Liebe und Hoß litt er unter den Launen des Genies. Er ging stets den Weg seiner Reigungen ohne jede Rücksicht auf sein persönliches Wohl, aber seine Reigungen wechselten, und das trug ihm den Ruf der Wandelbarkeit und Unzuverlässigkeit ein. Wenn er sich als junger Mensch der sozialdemokratischen Partei näherte, dann in seinem wütenden Bampflet „Geschichte der deutschen Sozialdemokratie“ auf sie loszugehen, später wieder verberrlichen, was er vordem zertrümmert hatte, und schließlich auf die alleräußerste Linke geriet, von der aus er die Partei abermals leidenschaftlich bekämpfte, so ist er damit immer dem augenblicklichen Impuls seines Wesens, nie klügelnder Berechnung gefolgt.

Mit dem Temperament des Künstlers verband er den rastlosen Fleiß des Gelehrten. Aber auch dieses Nicht warf wieder breite Schatten auf Mehring, den Politiker. Mehring war auch eine Professornatur, und wer die Geschichte deutscher Gelehrtenstreitigkeiten aus alter und neuer Zeit kennt, findet für sein Wesen manchen inneren Erklärungsgrund. „Unserer“, hörten wir einmal einen der klügsten Führer der Internationale sagen, „kann ruhig zugeben, daß er einmal geirrt hat. Der deutsche Professor gibt das nie zu.“ So erklärt sich Mehrings kämpferische Persönlichkeit gegen alle sachlichen Angriffe. Stets verteidigte er die Sache, mit der er sich persönlich verbunden fühlte, wie die Löwin ihr Junges, und im Kampfe für sie konnte er keine Rücksicht und Schonung.

Mehring's Stärke als Gelehrter lag auf historischem Gebiet, insbesondere auf dem Gebiet der preussischen Geschichte und natürlich der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Ueber Preußen und Deutschland reicht sein Blick selten hinaus. Als Philosoph hat er manche Anfechtung erfahren, und seine Fremdheit auf volkswirtschaftlichem Gebiet gab er selbst zu. Marx war den Weg von der klassischen Philosophie und der klassischen Nationalökonomie gegangen, von Vogel, Smith und Ricardo, Mehring kam, sei es auch in kritischer Ablehnung, von Treitschke, und ein ziemlich unvermittelter Sprung hat ihn mitten in die Welt der Arbeiterbewegung hineingeführt.

So erklärt sich aus seinem Wesen und Werden auch seine Schwäche als Politiker. Der größte Stillist der deutschen Sozialdemokratie und Vorkämpfer auf vielen wichtigen Gebieten hat eigentlich nie zu den politisch führenden Persönlichkeiten der Partei gehört. Dazu fehlte ihm die Stetigkeit der Ziele, der Blick für politische Situationen, die

Intuitive Erkenntnis des augenblicklich Notwendigen. Dieser Revolutionär war zu sehr historisch gebunden, zu sehr darauf eingestellt, in der Vergangenheit Parallelen zu suchen, als daß er den stürmenden Pulsschlag seiner Zeit erfassen konnte. Seiner Feder, der wir so viele glänzende Essays verdanken, ist niemals ein Aufbruch entspringen, der den Augenblick erfährt, die Gemüter entflammt und zum Handeln hinreißt. Und so war auch Wehring, der große Bekehrer der Journalisten, kein politischer Journalist im Sinne unserer mit dem Tage lebenden, vorwärts stürmenden Zeit.

Weil er zeitweilig im Mittelpunkt aller innern Kämpfe der Partei stand, kann die Kritik auch an seinem Grabe nicht schweigen. Ihre Aufgabe ist, dem Manne zu geben, was ihm gebührt, aber auch jeder sentimentalischen Glorifizierung sachlich entgegenzuwirken. Wehring war eine außerordentliche, eigenartige Persönlichkeit mit glänzenden Vorzügen und vielen Schwächen. Der Streit um das, was an ihm menschlich war, konnte bis zu seinem letzten Atemzuge nicht verstummen. Sein Werk bleibt als dauerndes Bestium der deutschen Arbeiterbewegung und des ganzen deutschen Volkes.
F. St.

Bald 78 Jahre alt ist Franz Wehring in der verflochtenen Nacht an den Folgen einer Lungenentzündung an Herzschwäche in einem Sanatorium im Garmisch verstorben. Es ist natürlicherweise nicht möglich, die ganze Persönlichkeit des alten Kampfers in wenigen Zeilen zu würdigen. So müssen wir uns darauf beschränken, hier einen kurzen Abriss zu geben. Am 27. Februar 1848 in Schlawa in Pommern geboren, besuchte er das dortige Gymnasium bis zur Reifeprüfung, studierte darauf Geschichte in Berlin und promovierte in Jena, worauf er gleich sich seinem Lebensberuf, der Journalistik, widmete. Guido Wehring, der alte Berliner Demokrat, war sein Lehrer und seine Zukunft, später die „Wage“ Zeuge der ersten christlichen Tätigkeit des jungen Mannes der Feder, der auch in den ersten Jahren des neuen Deutschen Reiches in Parlamenten seine ersten Spuren erhielt. Besonders waren die Stimmungsblätter aus dem Herrenhause sein Feld. In diesen Jahren brachte ihn seine geistige Entwicklung den Sozialisten näher, und in einer Professur „Frei schule als Sozialist“ führte er an ihm die erste polemische Klinge gegen einen historischen Hauptvertreter derjenigen, die lebendige seine sehr bestimmten politischen Gegner waren: die preussischen Junker. Vor dem Sozialkongress brachte die Attentate seine politische Stellung ins Schwanken, und in scharfen Artikeln wandte er sich gegen die Sozialdemokratie, von denen besonders seine Aufsätze in der „Gartenlaube“ Aufsehen erregten. Diese Stellungnahme hielt bei der gewaltigen Gebe während des Sozialistengesetzes jedoch nicht stand, und er war der erste, der in einem Berliner bürgerlichen Blatt, der „Volkzeitung“, die arg Verfolgten verteidigte und rückwärts seine Stellung bei dem Blatt aufs Spiel setzte. Die Kaiser-Artikel der Jahre 1890/91 und im Anschluß daran seine Auslassungen über die Märzrevolution trugen der „Volkzeitung“ ein Verbot ein, das ihm seine Stellung am Blatt kostete. Von dieser Zeit an wandte er sich wieder reslos der Sozialdemokratie zu und wurde auf Jahrzehnte lang der häufige gern gelesene Schreiber der Epochen-Artikel und Leiter des Bulettons der „Neuen Zeit“. Gleichzeitig wandte er sich dann seinem eigentlichen Lebenswerk zu, den Forschungen in der Geschichte Preußens und denen in der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie. Auf beiden Gebieten waren es zwei größere Werke, die zuerst Mitte der neunziger Jahre erschienen, die „Leistungsgeschichte“ und 1907 die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie. Auch im Vorstand der Freien Bühne mit Conrad Schmidt zusammen wirkte er zugleich als Redakteur und dann als Uebersetzer bei der „Leipziger Volkszeitung“, bis der Dresdener Parteitag 1903 zu den bekannten Differenzen Anlaß gab und er diese Position aufgab. Von da ab hat Wehring in einer größeren Reihe Schriften historischen Inhalts die Früchte seiner Forschungen auf Grund der materialistischen Geschichtsauffassung niedergelegt, und besonders dankbar wird ihm der Sozialismus in aller Welt dafür sein, daß er die Jugendchriften von Engels und Marx in

den bekannten vier Bänden „Aus dem Nachlaß“ veröffentlichte und kommentierte.

Die Stellung Wehrings während der letzten Jahre im Weltkriege ist bekannt. War er es doch, der zusammen mit Rosa Luxemburg im Frühjahr 1915 die Zeitschrift „Die Internationale“ begann, die jedoch nur eine Nummer erlebte und in der er die ersten Schläge auf den Spaltungskrieg führte, der verberlichste Weise in die sechsjährige alte Organisation der deutschen Sozialdemokratie getrieben wurde. Von diesem Zeitpunkt an datiert der Trennungskrieg zwischen ihm und unserer Partei. Seine immer noch glänzende Feder landete nur in die kleinen Blätter der äußersten Opposition, den „Einwohner“, „Sozialdemokrat“ und den „Kämpfer“, seine Originalartikel, die dann erst von der Presse der Unabhängigen übernommen wurden. Auch die „Mitte“ kann sich rühmen, in den letzten Jahren ihn zu ihren Mitarbeitern gezählt zu haben. Und schließlich brachte dieser Verlog eine Sammlung seiner Kriegsdarstellungen heraus. 1917 wurde Franz Wehring am Ende seiner Tage noch in den herben preussischen Landtag von Berlin aus entsandt, doch trug ihm seine Tätigkeit dort durchaus nicht die Zustimmung seiner radikalen Genossen ein. Sein letztes Werk die große „Marx-Biographie“, erschien zum Geburtstag von Karl Marx, erlebte im ersten Jahre ihres Erscheinens zwei Auflagen und zeigt alle die Vorzüge, die seine glänzende Feder auszeichneten, wie auch die Schwächen, die ihr anhaften.

Gegen die Mohrenwäsche des deutschen Annexionismus.

Eine Regierungserklärung.

Berlin, 28. Jan. Von zehnjähriger Seite geht uns folgende Erklärung zu: Durch Vermittlung von W. T. S. ist eine Kundgebung vermittelt worden, die sich mit dem Inhalt der alten Befehle, die von der früheren deutschen Verwaltung in Belgien zurückgelassen wurden. Sie erweckt den Anschein, als wollte die heutige Reichsregierung die belgische Politik des alten Regimes decken oder gar den Versuch unternehmen, sie von jeder Angliederungsabsicht reinzuwaschen. Dies muß als eine Irreführung größte Art bezeichnet werden. Das heutige Deutschland hat mit einseitigen Annexionen auf Belgien nicht das geringste zu tun. Die neue Reichsregierung steht nach wie vor auf dem Standpunkt, den ihre beiden Vorgesetzten Herr Ludendorff verließen haben, sie steht in dem Einklang nach Belgien ein Unrecht, das wieder gut gemacht werden muß und die Wiederherstellung Belgiens ist für sie ein Gebot der Gerechtigkeit.

Der Völkerbund Verwalter der deutschen Kolonien.

Paris, 28. Januar. (Draht.) Bezüglich der deutschen Kolonien hat die Konferenz eine Fassung vorgelesen, nach der die Verwaltung der ehemaligen deutschen Kolonien dem Völkerbund übertragen wird, der seine Befugnisse an die unmittelbar interessierten Nationen überträgt. Wenn dieser Gedanke sich durchsetzt, wird Frankreich Togo und zwei Drittel von Kamerun verwalten. Südafrika wird an die südafrikanische Union zurückkommen. Die Idee einer Internationalisierung der deutschen Kolonien wurde ausgeschlossen.

Französische Verkehrsbeschwerden.

Gegen Streik — Militarisierung des Betriebs.

28. Jan. 28. Januar. In Paris sind die Straßenbahnen und die Untergrundbahn unter militärische Verwaltung gestellt worden. Dadurch wurde der Verkehr teilweise wieder hergestellt. Unterdessen haben die Pariser Elektricitätsarbeiter bestimmte Forderungen aufgestellt und darin ebenfalls mit dem Ausstand gedroht. Wie die jetzt verpöbte eingetrossenen Donner Blitze melden, hatten am Sonnabendmorgen sämtliche Arbeiter des Eisenbahnbereiches Paris-Von-Mittelmeerbahn während einer Viertelstunde ihre Tätigkeit eingestellt. Es habe sich zunächst nur um einen Demonstrationsausstand gehandelt, weil die Direktion der Gesellschaft in Paris es abgelehnt hatte, eine Abordnung der Arbeiter und Angestellten zu empfangen. Mit der allem Anschein

Sozialist und Christ.

Ein Brief von Arnold Dodel.

Mein Freund Arnold Dodel, weiland Professor der Botanik, hatte bekanntlich hervorragende Verdienste um die Ausbreitung des Darwinismus und war bis zu seinem Tode ein begeisterter Anhänger des Sozialismus. Noch heute sind seine in der Internationalen Bibliothek erschienenen Aufsätze: „Aus Leben und Wissenschaft“ höchst lesenswert; besonders beachtenswert für unsere Zeit ist sein Aufsatz: „Bauer, Arbeiter und Wissenschaft“ — Recht interessant ist die Antwort, welche Professor Dodel einem Pfarrer aus dem Ruhrgebiet auf dessen Frage, wie man sich um der Wahrheit willen der Lehre Jesu von Nazareth gegenüber zu verhalten habe, in einem ungedruckten Briefe gab. Dodel schrieb: „Der Nazarener's Lehre ist die Frohsinnigkeit für die Armen und Elenden und Bedrückten aller Zeiten, die Lehre vom Menschenwert auch des Niedrigsten unseres Geschlechts. Sie ist im eminentesten Sinne des Wortes eine demokratische Lehre. Und weil sie das ist, so kann diese Lehre keine entwicklungsfördernde sein. Aus ihrem demokratischen Grundzug ergibt sich die Forderung, daß wir die ganze menschliche Gesellschaft als das eine und unteilbare, breite Feld der weitgedehnten Gerechtigkeit zu betrachten haben, wo ohne Ansehung des Standes oder des Herkommens jeder Tätige, jeder Gute, jeder Redliche — sei er in der Hütte oder im Palast geboren — berufen und erwählt sein soll. Beispiel und Führer und Förderer in der fortwährenden Entwicklung zu sein. Diese Ausweitung des Reiches für die natürliche Gerechtigkeit auch in der Haltung Mensch kann nur von Gutes sein; denn sie bedeutet die Verurteilung aller künstlichen Standesunterschiede, sie bedeutet die kommende Herrschaft eines natürlichen begründeten Rechts auf alle Volksschichten, den Untergang der unnatürlichen künstlichen Gerechtigkeit innerhalb herrschender Volkshände. Das Verworfen des unversöhnlichen, ursprünglichen Christentums kann also nicht entwicklungsfördernd genannt werden. Ob die heutigen Christgläubigen anderes lehren und anderes betreiben, da sind sie eben von dem ursprünglich richtigen Wege abgewichen und eiblich zurückgegangen und zu jenem Ende getrieben, wo eine verderbliche künstliche Gerechtigkeit die Oberhand gewann, in brutaler Massenherrschaft. Wir haben daher keinen Anlaß, die Grundideen des Nazareners dem entwicklungsgeschichtlichen Standpunkt aus zu befehlen. Entschieden bedeuten dieselben einen ethischen Fortschritt, also einen Schritt aufwärts aus der Tierheit und Barbarei.“

Plattdeutsch und Berlinisch.

Das Berlinisch, wie es heute gesprochen wird, weist mannigfache Verwandtschaft mit dem Plattdeutschen und hatte Anklänge daran auf, aber es ist dennoch kein richtiges Glied des Plattdeutschen Sprachgebietes, sondern hat durch verschiedene sprachliche Umgestaltungen eine ganz eigene Gestalt gewonnen. Dr. August Bach hat über das Plattdeutsche in Berlin vor der Vereinigung „Quidhorn“ einen aufschlußreichen Vortrag gehalten, über den die Mitteilungen aus dem „Quidhorn“ einen Bericht veröffentlichten. Die ursprüngliche Sprache der Berliner ist allerdings das Niederdeutsche

nach in Frankreich sich entwickelnde Arbeiterbewegung hängt es wohl auch zusammen, daß der Eisenbahnverkehr seit dem 25. Januar noch empfindlicher gestört ist, als es während der letzten Monate schon der Fall war.

Italienischer Sozialistenkongress in Bologna

Sieg der Radikalen.

28. Jan. 28. Januar. Auf dem Sozialistenkongress in Bologna gingen die Radikalen als Sieger hervor. Die revolutionäre Resolution wurde mit 800 gegen 150 Stimmen angenommen. Die gemäßigten Minderheit scheidet nunmehr aus. Sie bildet eine neue Partei.

Weitgehende Rechte der Deutschen in Ungarn.

Budapest, 28. Januar. Ein von der ungarischen Regierung am 28. Januar erlassenes Volksgesetz über die Ausübung des Selbstbestimmungsrechts der Deutschen in Ungarn sichert diesen die weitestgehenden Rechte zu. Es verleiht ihnen hiernach volle Autonomie für Innenverwaltung, Rechtspflege und Unterrichtswesen. Die deutsche Sprache bleibt ihnen als Verkehrssprache zugesichert. Als gesetzgebendes Organ wird in autonomen Angelegenheiten eine deutsche Nationalversammlung fungieren. Regierungsgorgan der deutschen Nation wird das deutsche Ministerium mit dem Sitz in Budapest sein.

Vor der Verkehrskatastrophe.

Stimmen von Eisenbahnwerkstättenarbeitern.

Unsere unter obiger Ueberschrift veröffentlichten Mitteilungen aus Kreisen der Eisenbahnwerkstättenarbeiter hat die Aufmerksamkeit des Arbeiterrats eines großen Werkzeugbetriebs wachgerufen. Es wird uns von Mitgliedern dieses Arbeiterrats auf das Bestimmteste versichert, daß ihr Betrieb in der Lage sei, das fehlende Werkzeug für die Eisenbahnwerkstätten herzustellen, leider würden alle Aufträge annulliert. Das habe zur Folge, daß die Arbeiterschaft dieses Betriebes in aller nächster Zeit selbst der Arbeitslosigkeit preisgegeben werde. Hier könne ein Hebel angefaßt werden, um der allgemeinen Katastrophe zu begegnen. Sinyu komme, daß der Betrieb noch über Rohmaterialien verfüge, um nennenswerte Mengen Werkzeuge herzustellen.

Die Katastrophe rückt näher.

Trotz der reichen Kohlenvorräte, die unter der deutschen Erde liegen, trotz der Ueberfülle arbeitsloser Hände in Deutschland so arm am Kohle wie nie vorher. Die Produktivität in den deutschen Kohlenrevieren ist soweit gesunken, daß eine fürchterliche Katastrophe für die Industrie, für den Verkehr und für die Lebensmittelversorgung unmittelbar geworden ist. Hunderttausende Arbeiter, für die Arbeit in der Industrie vorhanden ist, können nicht beschäftigt werden, weil die Fabriken keine Kohle haben. Der Zugverkehr ist auf ein Minimum beschränkt. Eine Reihe von Großmühlen kann nicht mehr arbeiten und Mehl produzieren. Selbst die Bäckereien in verschiedenen Städten stehen vor der Notwendigkeit, ihre Betriebe zu schließen, weil es ihnen an der nötigen Kohle fehlt, um die Backöfen zu heizen. In den Kohlenrevieren liegen Fabriken unmittelbar an den Toren der Schächte — sie müssen stillliegen, obwohl Rohstoffe vorhanden sind; an Kohlen fehlt es für die nötige Maschinenkraft.

Die Katastrophe ist unausbleiblich, wenn nicht die Produktionslust in den Bergbaubetrieben gehoben werden kann. Die Bergarbeiter sind verblendet, daß sie die ungeheure Verantwortung nicht fühlen, die sie auf sich laden. Das Leben unseres ganzen Volkes hängt daran, daß jetzt produziert, daß jetzt die Kohlenförderung gehoben wird.

Wegen Kohlenmangel haben verschiedene Werke der hannoverschen Industrie ihren Betrieb stilllegen müssen. Die hannoversche Maschinenbau A.-G. in Linden, die weitaus den größten Kohlenverbrauch von allen hannoverschen Werken hat, hat vom letzten Freitag ab vorübergehend den größten Teil ihres Betriebes einstellen müssen.

Weltanschauungsunterricht?

Die Trennung von Staat und Kirche ist nur noch eine Frage der Zeit. Damit wird einem Zustand innerer Unwohlsein ein Ende gemacht, der in letzter Linie die Schuld daran trägt, daß die Religion überhaupt in gänzlichem Nichterhalt kam. Hinfort wird nicht mehr die Hinzugehörigkeit zu einer der anerkannten Religionsgemeinschaften die Vorbedingung zu jeder staatslichen Anstellung sein; hinfort wird es nicht mehr möglich sein, Ander gegen den Staat und die Ueberzeugung der Eltern zum Besuche des Religionsunterrichtes in der Schule zu zwingen. Denn mit der Trennung von Staat und Kirche vollzieht sich auch die Trennung von Kirche und Schule. Während die Schule das wichtigste Mittel der Volkserziehung sein wird, wird die Kirche in Zukunft auf sich selbst stehen müssen. Sie wird nur auf den wichtigsten Gläubigen sich aufbauen, die bereit sind, große Opfer für ihre Erhaltung zu bringen. Zwecklos wird die Kirche eine ihrer wertvollsten Aufgaben in der Uebernahme des Religionsunterrichtes sehen, falls dieser aus der Schule verwiesen wird. Die kirchlichen Befehle werden also statt des Religionsunterrichtes in der Schule (durch Lehrer) religiöse Unterweisung in der Kirche (durch Geistliche) erteilen lassen.

Es ergibt sich für die Volksgemeinschaft die Frage, ob es wünschenswert ist, die Jugend in religiöser Beziehung sich verpflichten zu lassen und mit verdrängten Armen zuzusetzen, wie sie in einer kleinen Konventikelzeit hineinwächst, ohne die Fähigkeit und das Wissen erworben zu haben, die religiösen und religionsphilosophischen Systeme von einer höheren Werte aus zu prüfen und sich auf Grund dieser Erkenntnis zu entscheiden.

Der Staat hat die Pflicht, zum Schutze der Jugend vor elterlichem Zwang dafür zu sorgen, daß die heranwachsenden diese Erkenntnis erwerben können, sonst würde für viele Jugendliche die neue Freiheit ein Nichts sein. Im Rahmen des kulturgeschichtlichen Unterrichts der reiferen Jugend wird der Lehrer eine vergleichende Darstellung der Religionen, der religionsphilosophischen Systeme und der nicht von der Religion beeinflussten Weltanschauungen bieten und durch freie Diskussion unter den Jugendlichen die geistige Selbstständigkeit werden, die Urteilskraft stärken und die Möglichkeit bieten, sich eine wissenschaftlich begründete Weltanschauung zu erwerben. In den Mittelklassen könnte ein sozialer Moralunterricht nach dem Gedanken Friedrich Wilhelm Fichters auf den Weltanschauungsunterricht vorbereiten, während auf der Unterstufe unter den dort vorgesehenen Geschichtsabteilungen, Sagen und Märchen, auch Stoffe des neuen und alten Testaments behandelt werden könnten.

Dr. Otto Roth.

oder Plattdeutsche gewesen, und es läßt sich das alte Berliner Plattdeutsche noch recht wohl wieder herstellen. Den nötigen Stoff dazu liefern alte Berliner Urkunden, dazu aber die lebendige plattdeutsche Sprache, wie sie noch heute in der Mark, z. B. bei Potsdam und bei Königswusterhausen gesprochen wird. Wenn in diesem berlinisch-märkischen Plattdeutsche sich von der Sprache des nördlichen Niederdeutschlands manche Abweichungen finden, so erklärt sich das aus der Besiedelungsgeschichte der Mark, die eine harte Beteiligung niederländischer Ansiedler aus dem nördlichen Teile der Erzgebirge kün aufwies.

Während nun mit dem steigenden Selbstbewußtsein der niederdeutschen Städte im Mittelalter das Niederdeutsche an Einfluß und an Reinheit gewann, nahmen die Verhältnisse in Berlin einen anderen Verlauf. Hier führten seit 1223 hochdeutsche Herren das Regiment. Der Hof hatte hochdeutschen Adel und hochdeutsche Beamte um sich, die im Gegensatz zur niederdeutschen Bevölkerung standen, und Märkte suchten es höchstens zu Niederdeutschenstellungen. Dennoch haben die Berliner noch lange an ihrem Plattdeutsche festgehalten, und erst im 16. Jahrhundert wurde das anders. Seit 1504 wird das Niederdeutsche aus den Berliner Rathalten endgültig ausgeschlossen; die studierenden Berliner bevorzugten hochdeutsche Universitäten, vor allem Leipzig und endlich die Landesuniversität Frankfurt, das damals bereits hochdeutscher Boden geworden war. Andererseits nahm der Berliner Verkehr nach dem Norden ab. So hat die in Berlin erst 1300 angenommene Reformation hier auf die Verdrängung des Plattdeutschen höchstens insofern Einfluß gehabt, als sie die Verbreitung des Hochdeutschen förderte. Das so entwandene Berliner Hochdeutsche zeigt großen Einfluß von Oberdeutsch, besonders von Leipziger her. Verwandtschaften der Berliner Sprache mit dem Plattdeutschen in ihrem Bauweise haben sich auf dem Umwege über die mitteldeutsche (oberdeutsch) Leipziger Mundart und durch deren Vermittlung erhalten. Aber niederdeutsch; Sprachreste gibt es auch heute noch im Berlinischen; ein lüthiges Vordere hat einmal eine Anzahl davon zusammengefaßt:

Ich und det und fiekemal
Doogen, floech und Beene,
Wir Berliner allkumal
Schprechen jargu scheene.

Notizen.

— Vorträge. Im Leffingmuseum spricht Donnerstag 8 Uhr Dr. Hans Amshusen über den Dramatiker Georg Kaiser, von dem Edu Reich den unveröffentlichten Einakter „Juana“ mit. — Dr. Bruno Wille bespricht und liest Heinz. Seine dreimalige Montags, 8 Uhr, Kieberewallstr. 12 (nahe Spittelmarkt); Goethe's Haus; Samstag, 10 Uhr, Kieberewallstr. 12. — Ein Kunst- und Kulturrat für Baden hat sich in Karlsruhe gebildet. Hans Thoma und Alfred Romberg gehören ihm an und Vorsitzender ist Dr. Richard Berg, der Wiederherstellung der deutschen Volksbücher und der „Goldenen Legende“. Der Rat hat jetzt ein Programm aufgestellt für eine ideale Volkskultur; in Stuttgart will er nun daran, wie die allmähliche Umwandlung der bestehenden Verhältnisse in das geforderte Ideal zu ermöglichen sei.

Verordnung betreffend Wiedereinstellung heeresentlassener Angestellter.

Die von den Angestellten schnellst erwartete Verordnung über die Wiedereinstellung der Kriegsteilnehmer ist nunmehr ergangen; sie ist wesentlich ausführlicher als die entsprechende Verordnung zum Schutze der Arbeiter. Ihr Bereich umfaßt alle Angestellten im Sinne des Angestelltenversicherungsgesetzes sowie Personen, die danach versicherungspflichtig wären, wenn ihr Jahresgehalt 5000 M. oder ihr Alter 50 Jahre übersteige.

Alle privaten und öffentlichen Unternehmungen und Büreaus haben die Kriegsteilnehmer und reichsdeutschen Internierten einzustellen, welche bei Kriegsausbruch als Angestellte bei ihnen beschäftigt waren oder damals ihrer gesetzlichen Dienstpflicht genügen und vorher bei ihnen in Stellung waren oder schließlich damals noch schulpflichtig waren und später bei ihnen in Stellung und von dort in den Heeresdienst eintraten. Nur bildet die noch Kriegsausbruch aus wichtigem Grunde erfolgte teilweise Entlassung einen Ausnahmefall für die Wiedereinstellungspflicht.

Der Angestellte hat sein Recht binnen zwei Wochen nach Inkrafttreten der Verordnung durch Mitteilung beim Arbeitgeber geltend zu machen. Ist er noch nicht entlassen oder hat er jetzt eine Stellung bei Verbänden zur Aufrechterhaltung der inneren Ordnung oder beim Grenzschutz, so läßt die Frist von der endgültigen Entlassung ab. Wenn Wechsel der Stellung während des Krieges ist unter gewissen Voraussetzungen auch der spätere Arbeitgeber zur Einstellung verpflichtet.

Die Wiedereinstellten sind zunächst in ihren alten Stellen zu den jetzt üblichen Löhnen zu beschäftigen. Sie können frühestens zum Ablauf des dritten auf die Wiedereinstellung folgenden Monats entlassen werden, bei Eintritt im Februar also erst zum 31. Mai 1919. Die Wiedereinstellungspflicht trifft auch die Geschäftsnachfolger früherer Inhaber, z. B. bei Erbgang, Geschäftsverkauf, Fusionierung von Aktiengesellschaften.

Die beim Inkrafttreten der Verordnung nicht bloß ausdientliche beschäftigten Angestellten sind weiter zu beschäftigen, soweit sie auf Erwerb angewiesen sind und nicht von auswärts zugezogen sind. Die weiterbeschäftigten Personen können zum 23. Februar 1919 gekündigt werden. Angestellte, die seit dem 1. Dezember 1918 in der Weite entlassen sind, darf ihre Entlassung seit dem 31. Dezember erfolgt ist oder bis zum 23. Februar erfolgen würde, können in der Regel binnen zwei Wochen nach Inkrafttreten der Verordnung die Wiederbeschäftigung der Kündigung und Nachzahlung des Gehalts unter Anrechnung etwaigen anderweitigen Arbeitsverdienstes verlangen.

Mann dem Unternehmer die Wiedereinstellung oder Weiterbeschäftigung nach Lage des Falls nicht zugemutet werden, so kann er im Benehmen mit dem Angestelltenentschluß von der gesetzlichen Vorschrift abweichen und seine Angestellten einschänken. Bei der danach zu treffenden Auswahl sind Alter, Familienstand, Kriegsverdienst zu beachten, Kriegsschadigte und Kriegsgewerkschaftler sind zu berücksichtigen.

Von auswärts zugezogene Angestellte können im Fall der Kündigung schon vor Ablauf der Kündigungsfrist aus der Beschäftigung auscheiden; sie haben Anspruch auf volles Gehalt und, falls dieses 200 M. nicht erreicht, auf die daran fehlende Summe.

Im Gegensatz zu der Verordnung über die Wiedereinstellung von Arbeitern kann hier auch den während des Krieges erst eintrudenden oder wesentlich verzögerten privaten Unternehmungen von Fernbeschäftigungskommissionen die Einstellung einer Mindestzahl von Kriegsteilnehmern auferlegt werden. Bis zu dieser Zahl hat dann der Unternehmer Angestellte einzustellen, soweit sie nach Verbindung, Vertrauenswürdigkeit und körperlicher Beschaffenheit sich für seinen Betrieb eignen. Doch hat der einzelne, der sich meist kein klares Recht auf Einstellung, dem Unternehmer aber, der als schuldhaft der Einstellungspflicht entzieht, können Bußen bis zu 10 000 M. auferlegt werden.

Die gesetzlichen Gründe der künftigen Kündigung werden durch die Bestimmungen über Kündigungsfristen nicht berührt. Nur gilt eine durch Kollision oder Mangel vorübergehende vorübergehende Betriebs Einstellung nicht als wichtiger Grund.

Tarifverträge, die für die Gestalt und der Arbeitsbedingungen überwiegende Bedeutung erlangen haben, können vom Reichsarbeitsamt auf Antrag des Fernbeschäftigungskommissionen für allgemein verbindlich erklärt werden.

Entscheidend über die Verpflichtung zur Wiedereinstellung oder Weiterbeschäftigung, sowie über Gehälter oder sonstige Arbeitsverhältnisse entscheiden die Schlichtungsausschüsse der Verordnung vom 23. Dezember 1918 über Tarifverträge usw.

Unterwerfen sich die Parteien dem Schiedsspruch des Ausschusses nicht, so kann der Fernbeschäftigungskommission der Schiedsspruch für verbindlich erklären, und die wiederzuzustellenden oder weiterbeschäftigten Personen bestimmen. Klagen gelten zwischen dem Arbeitgeber und -nehmer Dienstverträge als abgeschlossen, die dem Inhalt des Schiedsspruchs oder, falls dieser eine Regelung nicht vorsieht, den Dienstverträgen gleichzeitiger Angestellter entsprechen.

Nachtrag zur Verordnung über die Wiedereinstellung gewerblicher Arbeiter.

Durch Verordnung vom 21. 1. 19 ist die Meldepflicht um zwei Wochen, bis 6. 2. verlängert, und ferner der Bereich der Verordnung auf Personen ausgedehnt worden, die bei Heeresverbänden zur Aufrechterhaltung der inneren Ordnung oder um Grenzschutz Verwendung finden.

Der Abschied des Soldatenrats des Feldheeres.

Und geht folgende Rundgebung zu:
Der Soldatenrat des Feldheeres bei der Obersten Heeresleitung legt, da das alte Feldheer demobilisiert ist und die noch im Osten stehenden Teile einen selbständigen Zentralrat haben, die Geschäfte nieder. Er trägt aus diesem Anlaß eine Rundgebung an die Kameraden vom demobilisierten Feldheer. Darin tritt er, vor allem die Grundgesinnung festzuhalten, in der die Wehrkraft der (größtenteils ohne Entgelt ehrenamtlich tätig gewesen) Feldsoldatenrat gearbeitet haben: Achtung vor jeder aufrichtigen Gesinnung, auch wenn sie von der eigenen abweicht, und unbedingte Ablehnung der Vergewaltigung der Gesamtheit durch eine Minderheit. Von der Nationalversammlung sagt die Rundgebung, sie habe ihr Recht verwirkt, wenn sie die als Volksbeschluss zu betrachtende Sozialisierung des Wirtschaftslebens, so weit sie sich ohne Produktionsgefährdung als möglich erweist, nicht ehrlich wolle. Jeder einzelne müsse versuchen, zur Sicherung der Arbeiten der Nationalversammlung mitzuwirken. — Die noch unter den Waffen stehenden Soldatenrat nicht derklammern zu lassen. Die Rundgebung schließt:

Kameraden! Die jetzt verbreitete Zustlosigkeit macht jeden Soldaten sinnlos. Sie ist der Todfeind der Volksgemeinschaft und des Fortschritts, ein gefährlicherer Feind als irgend etwas sonst in der Welt.

Kameraden, Volksgenossen! Rücksichtslose Wahrheit und das Bewusstsein zu innerlich geglaubter Gerechtigkeit, zu echter menschlicher Gleichberechtigung aller sind jetzt unsere Stütze gegen alles, was uns bedroht.

Kameraden! Laßt und, soweit die deutsche Junge Front, ein Volk sein, das sich seines Wertes bewußt ist, das aus der Tiefe seines Wesens heraus Wahrheit, Freiheit, Gerechtigkeit immer mehr zu obersten bestimmenden Mächten in der Einrichtung seines Lebens

macht und bereit ist, allen Vergewaltigten in der Welt, unter welchen Fahnen sie auch leben, brüderlich die Hand zu reichen.

Wilhelmshöhe, 20. 1. 1919.

Antesberger, Fiedach, Senfeling, König, Rühlke.

Die Preußenwahl. Wahlergebnisse.

Niederbarnim.

Stimmkreis 104 162, Wähler 83 721, Friedberg 45 884, Lüdicke 20 426, Herzog 6057, Hollmann 16 202 Stimmen.

Wahlkreis 2, Heftruppen. Vorläufiges amtliches Wahlergebnis. Unabhängige 21 087, Deutsche Demokratische Partei 130 821, Reichsvereinspartei 141 714, Christliche Volkspartei 77 147, Deutschnationalistische Volkspartei 126 719. Es fehlen noch einige größere Stimmbezirke. Sitzverteilung: Unabhängige keinen, Reichsvereinspartei 6, Demokraten 6, Zentrum 2, Deutschnationalistische 4 Sitze.

Wahlkreis 7, Sommera. Amtliches Ergebnis. Sozialdemokraten 290 541, sieben Sitze: Herder, Hartwig, Bargmann, Schumann, Schauer, Decker und Baumann; Deutschnationalistische Volkspartei 176 020, fünf Sitze; Deutsche Demokratische Partei 134 079, drei Sitze; Deutsche Volkspartei 72 916, zwei Sitze; Unabhängige Sozialdemokratische Partei 10 224, kein Sitz; Christliche Volkspartei 3754, kein Sitz; Sommerasches Zentrum 370, kein Sitz.

10. Wahlkreis, Hannover. Amtliches Ergebnis: Reichsvereinspartei 440 003, neun Sitze, Demokraten 88 771, ein Sitz, Unabhängige Sozialdemokraten 10 977, kein Sitz, Deutsche Volkspartei 80 802, zwei Sitze, Deutschnationalistische Volkspartei 24 209, kein Sitz, Zentrum und Deutsch-Dannoversche Partei 226 554, sieben Sitze.

Wahlkreis 17, Minden. Amtliches Wahlergebnis: Christliche Volkspartei 298 804, 10 Sitze, Sozialdemokratische Partei 239 114, 5 Sitze, Eder, Lützenburg, Meier, Rißel und Sebering, Deutschnationalistische Volkspartei 70 030, 1 Sitz, Deutsche Demokratische Partei 64 101, 1 Sitz, Deutsche Volkspartei 51 420, 1 Sitz, Unabhängige Sozialdemokratische Partei 14 243, kein Sitz, Christlich-Sozialistische Volkspartei 1264, kein Sitz.

20. Wahlkreis, Ost-Lingen. Vorläufiges amtliches Wahlergebnis. Deutschnatl. Volksp. 25 489, deutsche Volksp. 90 760, Zentr. 547 940, Deutsche demokr. Partei 99 813, Reichsvereinspartei 223 049. Es erhielten demnach: Zentr. 12, Sozialisten 3, Demokr. 1 und Deutsche Volksp. 1 Sitz.

21. Wahlkreis (Regierungsbezirk Koblenz, Trier, Sigmaringen). Vorläufiges amtliches Wahlergebnis. Christl. Volksp. 454 950 Stimmen, 12 Sitze; Deutschnatl. Volksp. 28 814 Stimmen, keinen Sitz; Deutsche demokr. Partei 111 694 Stimmen, 2 Sitze; Sozialdemokratische Partei 160 834 Stimmen, 4 Sitze: Zoergel, Schubert, Schwarz, Reefe.

Aus dem Regierungsbezirk Sigmaringen sind Meldungen nicht eingegangen. Zeitungsnachrichten zufolge ist dort Wahlenthaltung beobachtet worden; amtlich ist nichts bekannt.

22. Wahlkreis (Düsseldorf 1-5). Es erhielten auf die Christl. Volksp. 268 700 Stimmen mit 5 Sitzen, Reichsvereinspartei 222 178 Stimmen mit 5 Sitzen (Kimbirt, Steinbrink, Haberland, Herle, Schuber); auf die Deutschnationalistische Volkspartei 131 690 Stimmen mit 3 Sitzen, auf die Unabhängigen Sozialdemokraten 150 154 Stimmen mit 3 Sitzen (Obach, Saloesser, Stecker); auf die Deutsche demokratische Partei 95 801 Stimmen mit 3 Sitzen.

23. Wahlkreis (Düsseldorf 6-12). Es erhielten die Deutsche Demokratische Partei 44 556 Stimmen (1 Sitz), die Sozialdemokraten 176 903 Stimmen (4 Sitze), die Deutschnationalistische Volksp., Deutsche Volksp. und Christl. Volksp. zusammen 437 189 Stimmen mit 11 Sitzen. (Davon erhielten die Deutschnationalistische Volkspartei 40 711 Stimmen mit 1 Sitz, die Deutsche Volkspartei 66 704 Stimmen mit 1 Sitz und die Christl. Volksp. 330 694 Stimmen mit 9 Sitzen.)

Königsberg i. Pr., 20. Januar. Berichtigung zum Wahlergebnis in Ostpreußen: Christl. Volksp. 90 760 (nicht 70 760), Mandate unbenutzt.

Groß-Berlin

Die Unterernährung der Großstadtkinder.

Ministerialerlaß über Landaufenthalt.

Bekanntlich hat bereits in den Vorjahren der Verein „Landaufenthalt für Stadtkinder“ als behördlich beauftragte Reichszentrale unter Mitwirkung der Stadt- und Landkreise sowie einer großen Anzahl gemeinnütziger Verbände und Vereine die Unterbringung von erholungsbedürftigen unterernährten Kindern aus den Großstädten und Industriebezirken auf das Land durchgeführt. Im Jahre 1917 konnte mehr als einer halben Million, im Jahre 1918 trotz der schwieriger liegenden Verhältnisse dank der Opferwilligkeit der Landbevölkerung etwa 300 000 Kindern die Wohltat eines Landaufenthalts zuteil werden.

Nach den amtlichen Feststellungen des Reichsgesundheitsamts sind die Folgen der langjährigen Unterernährung besonders bei den Kindern geradezu katastrophal. Nicht nur Tuberkulose, Strophulose, Epilepsie, Verdauungsstörungen, englische Krankheit und Blutmangel haben in erschreckendem Maße zugenommen, sondern auch die Zahl der Sterbefälle ist ungeheuer gewachsen. Bei den Kindern im Alter von 1-15 Jahren ist die Sterblichkeitsziffer um das Doppelte gegen früher gestiegen. Hinzu kommen die schweren Schädigungen des kindlichen Nervensystems infolge der Anregungen der Kriegszeit und der Revolutionsvorgänge. Da eine Milderung der grausamen Hungerblöde nicht eingetreten ist und in absehbarer Zeit an eine grundlegende Besserung der Verhältnisse noch nicht zu denken ist, hat das Reichsgesundheitsamt die unbedingte Forderung der Arbeiten des Vereins als dringender denn je gefordert, da gerade ein längerer Landaufenthalt nach den bisherigen Erfahrungen am besten geeignet ist, unterernährte Kinder gegen die ihnen drohenden Gefahren widerstandsfähiger zu machen und dadurch einem weiteren Ausbreiten von Erkrankungen vorzubeugen. Daraufhin hat jetzt das Ministerium in des Innern im Benehmen mit dem Kultusministerium und Landwirtschaftsministerium durch Erlass vom 18. Januar 1919 wiederum, wie in den Vorjahren, dem Verein „Landaufenthalt für Stadtkinder“ mit der Durchführung der erforderlichen Vorbereitungsarbeiten beauftragt und ihm jede nur mögliche Förderung seiner Arbeiten zugesagt. „Obwohl“ etc., so heißt es in dem Erlass, „die mannigfachen Schwierigkeiten, die einer großzügigen Durchführung des Unternehmens in diesem Jahre entgegenstehen, nicht verkennen, haben wir uns doch unter dem Zwange der Verhältnisse und um kein Mittel, das die Rolle der Zeit lindern kann, außer acht zu lassen, entschlossen, den Verein „Landaufenthalt für Stadtkinder“ auch künftighin die nachvollziehbare behördliche Förderung seiner Arbeiten angeben zu lassen, und geben der Hoffnung Ausdruck, daß die Landbevölkerung dem Rotruf für unsere Jugend wiederum Ohr und Herz öffnen wird.“

Dem Erlass sind Richtlinien beigegeben, die nach den Vorschlägen des Vereins „Landaufenthalt für Stadtkinder“ auf Grund der Erfahrungen des abgelaufenen Jahres festgelegt sind und bei der Durchführung der Arbeiten, insbesondere der Ver-

teilung usw. richtunggebend sein sollen. Sie lehnen sich im wesentlichen an die vorjährigen Richtlinien an.

Es kann wohl keinem Zweifel unterliegen, daß sich, angesichts der ersten Tage, alle Kreise, die bisher zu dem Gelingen des Unternehmens tatkräftig beigetragen haben, auch in diesem Jahre wieder bereitwillig für die vaterländische Sache einsetzen werden, denn wir müssen alles daran setzen, uns einen gesunden und kräftigen Nachwuchs zu sichern. Auf unserer Jugend ruht unsere Zukunft!

Die Juristische Sprechstunde fällt am Donnerstag, Freitag und Sonnabend aus.

Beilegung der Milchhändlerdifferenzen. Milchpreiserhöhung in Sicht.

Wie bereits gestern mitgeteilt, hat sich das Reichs Ernährungsamt mit den Verbänden der Berliner Milchinteressenten eingehend beschäftigt. Der Herr Staatssekretär des Reichs Ernährungsamts hat in gleicher Weise wie die Reichsstelle Groß-Berlin die Forderungen der Interessenten, die wie wir erwähnten 75 Proz. betragen, für zu hoch erachtet und einen Vermittlungsvorschlag aufgestellt, nach dem die Verdienstspanne der Interessenten statt um 50 Proz., die von der Reichsstelle als ausreichend bezeichnet waren, auf etwa 43 Proz. erhöht wird. Die Interessenten haben diesen Vorschlag angenommen und auch die Reichsstelle Groß-Berlin ist ihm auf Empfehlung des Herrn Staatssekretärs des Reichs Ernährungsamts beigetreten. Der Konflikt ist daher beigelegt. Die dadurch unermittelbare Erhöhung des Milchpreises steht unmittelbar bevor.

Der Wahltag zu den Gemeindevahlen.

Entgegen anders lautenden Mitteilungen können wir berichten, daß in den größeren Groß-Berliner Gemeinden am den 23. Februar als Wahltag festgehalten wird. Im Ministerium besteht die Absicht, die Frist für die Einreichung der Wahlvorschläge noch zu verlängern, so daß den Parteien doch noch einige Zeit zur Aufstellung ihrer Kandidatenliste übrig bleibt.

Die Wiederaufnahme des Stadtbahnverkehrs

Ist, wie wir erfahren, nicht eher zu erwarten, als bis der Mangel an Lokomotiven gemildert wird. Mit der jetzt vorhandenen zu geringen Zahl betriebstätiger Lokomotiven wenigstens eine vollständige Zugfolge ausreicht zu erhalten, soll nach Ansicht der Eisenbahndirektion Berlin unmöglich sein. Sie fürchtet, die Blaglämpfe auf den Bahnsteigen und das Gedränge in den Bogenabteilen könnten dann bis zu einem Grade ausarten, der für die Fahrgäste untragbar und geradezu lebensgefährlich wäre. Für die Zukunft, die Berlin dann im Stadtbahnverkehr bestimme, glaubt sie die Verantwortung nicht übernehmen zu können. Die Arbeit, die bisher schon so wichtig genug war und schließlich nicht mehr kommen darf. Auch haben in Berlin die „Verkehrsleute“ sich im Laufe der Kriegsjahre bis zu einer Roboter entwickelt, die man früher nicht für möglich gehalten hätte. Eine Nationalisierung der wenigen Plätze in Eisenbahnwagen, in Straßenbahnwagen usw. ist leider nicht so einfach, wie die Verteilung der geringen Lebensmittelmengen auf Karten. Man kann nur hoffen, daß in den Reparaturwerkstätten der Eisenbahndirektion die Arbeiten einen rascheren Fortschritt nehmen und aus ihnen die reparaturbedürftigen Lokomotiven möglichst bald gehend zurückkehren. Die Eisenbahndirektion hofft, daß sie vielleicht in zwei Wochen wieder eine zur Aufnahme des Stadtbahnverkehrs hinreichende Zahl betriebstätiger Lokomotiven haben wird. Sie selber möchte den Betrieb, den sie einstellen zu müssen geglaubt hat, je eher je lieber wieder aufnehmen.

„Das wäre ein Geschäft!“

Die Betriebsverwaltung der Hoch- und Untergrundbahn schreibt uns zu dieser von uns gebrauchten Notiz: Es liegt uns natürlich fern, zu erhöhtem Preise gekaufte Fahrkarten zu einem geringeren Preise einzulösen. Daß in der kurzen Überbrückungszeit von wenigen Tagen Fahrkarten zu erhöhtem Preise auf Vorrat entnommen wurden, haben wir nach Möglichkeit dadurch verhindert, daß unsere Fahrkartenausgeberinnen von der Entnahme einer größeren Zahl von Karten wegen der geringen Gültigkeitsdauer abgeraten haben und Vorkarten überhaupt nicht mehr ausgeben wurden. Um den Umsatz und die Rückgabe der Karten zunächst zu vermindern, haben wir bereits heute früh an den Schaltern bekanntgegeben, daß alle früher ausgegebenen Karten bis Ende dieses Monats Gültigkeit behalten. Für den Fall aber, daß nach diesem Termin in einzelnen Fällen wirklich noch mit höherem Preis bezogene Karten zum Umsatz gelangen sollten, ist die Verwaltung in der Lage, nach der Nummer der Karte den Tag der Lösung festzustellen und wird danach den geachteten Fahrpreis zurückzahlen. Dem Schalterpersonal ist entsprechende Anweisung erteilt.

Offiziersfreiheit. Im Konzerthaus „Clou“ in der Bauerstraße am 2. gestern infolge der Ueberbedecktheit eines Offiziers, der wahrscheinlich etwas über den Durst getrunken hatte, zu einem Aufritt. Der Offizier begann plötzlich eine politische Rede zu halten, was den lebhaftesten Unwillen der Gäste hervorrief. Es erschollen zahlreiche Zurufe, unter anderen von vier Franzosen, denen der Offizier zurief: „Kommt nur heraus, ich mache Euch kitz!“ Als sich das Publikum in Parteien zu gliedern begann, wachte der Wirt das Licht; der Offizier sprach ab und weiter. Um des Friedens willen verließen die Soldaten das Lokal. Dem Offizier dürfte wohl um seiner selbst willen empfohlen werden, sein Mundwerk in Zukunft besser im Zaum zu behalten.

Der Geschichtskunterricht im neuen Deutschland. In der Vereinigung sozialdemokratischer Lehrer und Lehrerinnen von Groß-Berlin hielt am 22. Januar Oberlehrer Dr. E. Witte einen Vortrag über den Geschichtsunterricht. Am Schluß sagte er die von ihm vertretenen Forderungen in acht Thesen zusammen, die von der Vereinigung einstimmig angenommen wurden: 1. Erhöhung der Zahl der Geschichtsstunden, 2. Objektive Beurteilung aller geschichtlichen Verhältnisse, 3. Einbeziehung aller Kriege, aller politischen Parteien, 4. Keine voreingenommene Beurteilung der anderen Völker, 5. Erwägung des Verhältnisses für die neuen völkerverrechtlichen Probleme (Völkerbund, internationale Schiedsgerichte, Beschränkung der Rüstungen, Selbstbestimmungsrecht der Völker), 6. Keine Verherrlichung der Reichsgeschichte, 7. Fortschritt der Kriegsgeschichte, 8. Bessere Betonung der Kulturgeschichte und des politischen Willens der Gegenwart, 9. Aufklärung der Jugend über das Kulturverhältnis des Reichs, 10. Bekämpfung jedes Gedankens eines Revolutionskriegs, 11. Veranschaulichung der materialistischen Geschichtsauffassung.

Schießerei auf dem Bahnhofsplatz. Heute vormittag ist es auf dem Bahnhof zu Differenzen zwischen früheren und jetzigen Angehörigen des Freiwilligenregiments Rotke gekommen. Ein Unteroffizier des Regiments wurde in dem entstandenen Streit durch einen Schuß in den Kopf schwer verletzt. Die Differenzen dauern an, der Bahnhof ist gesperrt. Zurzeit wird zwischen beiden Parteien verhandelt.

Sozialistische Studentenpartei. Heute Mitgliederversammlung bei Kaffee, Unterstrasse 25. 1. Referat Dr. Reichardt: Die Aufgaben der sozialistischen Studentenpartei. 2. Anschließende Diskussion. 3. Resolutionsbeschlüsse und Berichte für das nächste Semester.

Techniker. Die im letzten Morgenfall bekanntgemachte Besprechung über die Gemeindevahlen findet nicht, wie ursprünglich angegeben, heute, sondern erst morgen, Donnerstag, abends 7 1/2 Uhr im Jugendheim, Lindenstr. 3, statt.

